

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

12. Jahrgang, Nr. 3

Ausgegeben am 11. April 1938

Das ungeheure geschichtliche Geschehen dieser Tage, das das Leben des deutschen Volkes in all seinen Bereichen erfüllt und erhebt, weist auch dieser Schriftenreihe neue Wege.

Aus der Vereinigung Österreichs mit dem Reich erwachsen wirtschaftlich in der Hauptsache zwei bedeutsame Aufgaben. Es gilt allgemein, die in ihrem Aufbau wie in ihren staatlichen Grundlagen ganz verschiedenartigen Volkswirtschaften' organisch miteinander zu verschmelzen, und es gilt gegenwärtig im besonderen, Österreichs Wirtschaftsnot zu überwinden: mit den gewaltigen und rasch wirkenden Mitteln und Methoden, die der Nationalsozialismus entwickelt hat, und denen die bisherige Regierung des Landes mit seltsamer Verständnislosigkeit gegenüberstand.

Beide Aufgaben rufen auch die Wirtschaftsforschung zur Mitarbeit auf. Es gereicht mir zur besonderen Ehre, daß die Reichsregierung mich als den Präsidenten des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin mit der Leitung des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung beauftragt hat. Das enge Zusammenwirken beider Forschungsstellen wird unserer Mitarbeit an den neuen großen Aufgaben, wie ich hoffe, in hohem Grade förderlich sein.

Wagemann

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

12. Jahrgang, Nr. 3

Ausgegeben am 11. April 1938

INHALTSVERZEICHNIS:

Geleitwort	
Österreichs Wirtschaftsnot und Wirtschaftspolitik vor der Eingliederung in das Reich ¹⁾	75
Die Wirtschaftslage in Österreich:	
I. Das nationalsozialistische Aufbauprogramm für Österreich	82
II. Die letzten Wochen des alten Wirtschaftsregimes	84
Produktion	84
Arbeitslage	84
Nationalbank	86
Kapitalmarkt	86
Preise	86
Umsätze	87
Verkehr	89
Die Lage der Weltwirtschaft	89
Tabellenanhang	100

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFTSNOT UND WIRTSCHAFTSPOLITIK VOR DER EINGLIEDERUNG IN DAS REICH

Unsere österreichischen Volksgenossen haben im letzten Jahrzehnt in wirtschaftlicher Hinsicht einen Leidensweg zurückgelegt, den bis zum Umschwung im März dieses Jahres kein Hoffnungsstrahl erhellte. Im Gegenteil: Noch wenige Wochen vor der Vereinigung Österreichs mit dem Reich mußten selbst politische Stellen und Träger des alten Systems zugeben, daß die österreichische Wirtschaft — die sich von den Wirkungen der großen Krise von 1929 bis 1932 noch nicht einmal so weit erholt hatte, daß dem ständigen Absinken des Lebensstandards der breiten Massen hätte Einhalt geboten werden können — durch den Rückschlag der internationalen Konjunktur bereits in Mitleidenschaft gezogen sei und von einem weiteren Rückgang bedroht würde.

Die Friedensdiktate und die Unterwerfung von Genf

Die Wurzeln all dieser Schwierigkeiten hängen mit der Unbill, die die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und das Friedensdiktat von St. Germain Österreich zugefügt hatten, aufs engste zusammen. Durch die willkürliche Zerschlagung der Wirtschaftseinheit, die einst das Habsburger Reich gebildet hatte, in seinem wirtschaftlichen Lebensnerv getroffen und durch den Machtspruch der Entente verhindert, sich mit dem Deutschen Reich zu vereinen oder auch nur mit den sogenannten Nachfolge-

staaten und anderen Nachbarn eine engere wirtschaftliche Verbindung einzugehen, bot Österreich bis zuletzt das Bild einer Rumpfwirtschaft, die auf sich selbst gestellt zum Niedergang verurteilt schien. Immer wieder haben sich daher die Mächte, die an dem Fortbestand des österreichischen Staates interessiert waren, veranlaßt gesehen, Österreich mit Krediten und Hilfsaktionen unter die Arme zu greifen. Selbst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war Österreich noch immer Kostgänger an den ausländischen Kapitalmärkten, obwohl es ständig klarer wurde, daß die Auslandskredite höchstens eine wirtschaftliche Scheinblüte erzeugen, aber nicht die Wunden heilen konnten, die die Friedensverträge der österreichischen Wirtschaft geschlagen hatten.

Das Schlimmste war jedoch, daß Österreich die Kreditbereitschaft des Auslandes mit einer fast völligen Preisgabe nicht nur seiner politischen, sondern auch seiner wirtschaftlichen Souveränität bezahlen mußte. Schon die Völkerbundsanleihe von 1922, die Österreich vor dem Währungschaos retten sollte, wurde nur gewährt, nachdem sich Österreich im Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 außer zur Wahrung seiner politischen Unabhängigkeit auch zur Aufrechterhaltung einer strengen wirtschaftlichen und finanziellen Autonomie verpflichtet hatte. Was das bedeutet, wird klar, wenn man sich erinnert, daß die Begründung, mit der der Haager Schiedsgerichtshof im Jahre 1931 den Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zu Fall brachte, sich hauptsächlich auf diese „freiwillige“ Verpflichtung der Regierung Seipel stützte. Aber auch im Innern hatte sich Österreich durch das Genfer Protokoll seiner wirtschaftspolitischen Freiheit weitgehend entäußern müssen. Es wurde Österreich nicht nur ein „Normalbudget“ vorgeschrieben, man zwang es nicht nur zu einem rigorosen Beamtenabbau und anderen einschneidenden „Sanierungsmaßnahmen“, sondern setzte auch einen Völkerbundskommissar ein, der die Finanzgebarung bis in alle Einzelheiten hinein kontrollierte und vor allem auch über die Verwendung der Völkerbundsanleihe entschied — mit dem Ergebnis, daß im Jahre 1926, als der Kontrolleur „nach gelungener Sanierung“ seine Tätigkeit einstellte, fast ein Viertel dieser Wiederaufbauanleihe noch nicht verausgabt war.

¹⁾ Der Aufsatz ist den Veröffentlichungen des Institutes für Konjunkturforschung in Berlin entnommen.

Auf Genf folgte Lausanne

Das gleiche Schauspiel wiederholte sich, als die Regierung Dollfuß nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt im Jahre 1931 (ein Zusammenbruch, der nicht zu Unrecht die Antwort Frankreichs auf den Zollunionsplan genannt wurde) keinen anderen Ausweg sah, als das Ausland erneut um Hilfe anzugehen. Wieder stellten die auswärtigen Kapitalmächte ihren Kredit erst zur Verfügung, nachdem sich Österreich in den Lausanner Vereinbarungen von 1932 abermals auf die Beibehaltung seiner staatlichen und wirtschaftlichen „Selbständigkeit“ festgelegt hatte, obwohl durch die Ereignisse der letzten Jahre hinlänglich bewiesen war, daß gerade in dieser Autonomie die entscheidende Ursache seiner Ohnmacht lag. Und wieder mußte Österreich die schärfsten Vorschriften für seine innere Wirtschaftspolitik hinnehmen. Die Bedingungen der Lausanner Anleihe verpflichteten es, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt und im Haushalt der Bundesbahnen wieder herzustellen. Sie hielten die Regierung an, die Devisenzwangswirtschaft nach und nach abzubauen. Gleichzeitig wurde wieder ein Finanzkontrolleur des Völkerbundes mit weitgehenden Aufsichtsbefugnissen eingesetzt. Nur mit seiner Zustimmung konnte die österreichische Regierung über den Erlös der Lausanner Anleihe (die übrigens obwohl Mitte 1932 abgeschlossen, erst im Laufe des Jahres 1933 in Österreich einlief) verfügen. Nur mit seiner Billigung konnte die Regierung Schatzscheine ausgeben, und nur mit seiner Genehmigung konnten die österreichischen Bundesländer und Gemeinden Anleihen aufnehmen. Doch selbst als der Völkerbunds-kontrolleur im Jahre 1936 abtrat, weil er Österreichs Finanzen und Währung für hinreichend gefestigt hielt, war die österreichische Wirtschaftspolitik von ausländischer Bevormundung noch nicht befreit. Neben dem Völkerbunds-kontrolleur hatte Österreich in Lausanne nämlich noch ein aus Vertretern der Anleihegläubiger gebildetes Kontrollkomitee hinnehmen müssen, dessen Zustimmung bei der Emission einer langfristigen Bundesanleihe auch nach dem Abgang des Völkerbunds-kontrolleurs einzuholen war — ganz abgesehen davon, daß der Völkerbund berechtigt blieb, jederzeit einen neuen Finanzkontrolleur nach Österreich zu entsenden. Es bestanden also genügend Bindungen, um Österreichs Wirtschaftspolitik in erster Linie auf die Erfüllung der Ansprüche seiner ausländischen Gläubiger festzulegen, wie immer auch die Auswirkungen dieser Politik auf den Binnenmarkt und das Einkommen der breiten Massen sein mochten.

Der Verzicht auf Arbeitsbeschaffung

In solche Fesseln geschlagen, war Österreich im Kampf um die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, die Österreich mit kaum geringerer Wucht als Deutschland getroffen hatte, natürlich schwer gehemmt. Während andere Staaten, um die Not zu lindern und die Arbeitslosigkeit zu beheben, in erheblichem Umfang den Staatskredit einsetzten, war Österreich durch seine Auslandsgläubiger verpflichtet, seine Staatsausgaben aufs äußerste zu beschränken und den überwiegenden Teil der Lausanner Anleihe zur Rückzahlung der unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt von der B. I. Z. und der Bank von England gewährten Kredite zu verwenden.

Aber das, was die Auslandsgläubiger forderten, deckte sich weitgehend mit dem, was die österreichischen Regierungen von 1932 bis 1938 ohnehin als die zweckmäßigste Wirtschaftspolitik erachteten. Die früheren österreichischen Regierungen waren stets der Meinung, daß es für ein Land wie Österreich in erster Linie darauf ankomme, die Ausfuhr zu fördern, seinen internationalen Kredit zu wahren und durch pünktliche Erfüllung des Schuldendienstes und baldige Wiederherstellung des freien auswärtigen Zahlungsverkehrs um das Vertrauen des Auslands zu werben. Sie betrachteten den Einsatz des Staatskredits für die Zwecke der Wirtschaftsbelebung im Grunde genommen immer als ein gefährliches Experiment, das stets die Gefahr von Fehlinvestitionen und außenwirtschaftlich unerwünschten Kostenaufblähungen heraufbeschwöre. Ihre Furcht vor einer Erhöhung der Staatsschuld war größer als ihr Vertrauen auf die dadurch zu erzielende Steigerung des Volkseinkommens, die ja die neue höhere Staatsschuld viel leichter tragbar machen kann, als es die alte in Anbetracht des niedrigeren Standes des Volkseinkommens war.

Die früheren österreichischen Regierungen haben daher im Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise niemals eine energische Politik der Selbsthilfe, wie sie etwa Deutschland und Italien betrieben, versucht, sondern — ganz im Sinne der Auslandsgläubiger — ihr Hauptaugenmerk auf den Ausgleich der Zahlungsbilanz und die Wiederherstellung einer freien Währung gerichtet. Hauptbedingung hierfür war selbstverständlich eine relative Knapphaltung des Binnenmarktes, und dies wieder bedeutete natürlich in erster Linie den Verzicht auf eine großzügige Arbeitsbeschaffungspolitik, die die auf dem Brachliegen der Produktionsfaktoren beruhende „Billigkeit“ des Landes beseitigt, die Kapazitäten mehr für den Binnenmarkt in Anspruch genommen, den Ein-

fuhrbedaff erhöht und damit vielleicht die Devisenlage verschlechtert hätte. Die Aufwendungen, die die österreichischen Regierungen von 1932 bis 1937 für Arbeitsbeschaffung riskierten, blieben jedenfalls im Verhältnis zum Gesamtbudget und vor allem im Verhältnis zu der großen Zahl der Arbeitslosen stets recht bescheiden, und das Wenige, was getan wurde, wurde durch die orthodoxe Methode der Finanzierung, die sich im wesentlichen darauf beschränkte, die benötigten Mittel vom offenen Kapitalmarkt abzuschöpfen, um ein gut Teil der sonst möglichen Wirkung gebracht.

Die Außenhandelskonjunktur . . .

Unter diesen Umständen hing die Belebung der österreichischen Wirtschaft natürlich so gut wie ausschließlich von den Fortschritten ab, die im Außenhandel erzielt wurden. Österreichs Startbedingungen waren in dieser Hinsicht verhältnismäßig günstig, was freilich in der Hauptsache nur ein Ausdruck seiner sonstigen Schwäche war. Da es nahezu auf jede autonome Förderung des Binnenmarktes verzichtete, blieb sein Preisniveau relativ niedrig, und niemals hatte seine Ausfuhr unter der Konkurrenz des Binnenmarktes zu leiden. Auch daß es 1931 und in den beiden folgenden Jahren nicht imstande gewesen war, seine Währung zu halten, kam ihm später in gewisser Hinsicht zugute. Die Entwertung des Schillings machte nämlich wenigstens zum Teil den Valutavorsprung anderer Länder mit entwerteter Währung wett und erleichterte es damit der österreichischen Industrie, international konkurrenzfähig zu bleiben. Schließlich wurden Österreich teils aus politischen Gründen verschiedentlich handelspolitische Konzessionen gemacht, wie etwa in den bekannten Römer Protokollen vom 14. März 1934, die eine Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen Italien, Ungarn und Österreich zum Gegenstand hatten und damit an ähnliche Vereinbarungen aus dem Jahre 1931 anknüpften.

Österreichs Ausfuhr ist daher von 1932 bis Herbst 1937 gewachsen. Anfänglich war die Zunahme, der Entwicklung des Welthandels entsprechend, freilich nur gering. Noch im Jahre 1935 lag die Ausfuhr ihrem Wert nach erst etwa 15 v. H. über dem Stand von 1932, und selbst im ersten Halbjahr 1936, als Österreich durch den hohen italienischen Rüstungsbedarf und die Sanktionen, die andere Mächte gegen Italien verhängten, in einem wichtigen Absatzgebiet eine glänzende Exportchance erhielt, war die Steigerung der Gesamtausfuhr noch mäßig. Der Produktionsindex des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung war 1935 allerdings bereits 30 v. H. höher als 1932; aber hierbei ist zu

berücksichtigen, daß dieser Index fast nur die wichtigsten Ausfuhr- und Produktionsgüterindustrien umfaßt, und daß die Produktionsgütererzeugung natürlich auch durch die Ersatzinvestitionen, die die bessere Exportlage erheischte, begünstigt wurde. Immerhin lag die Produktion selbst in diesem begünstigten Sektor der österreichischen Wirtschaft Anfang 1936 noch um rund 15 v. H. unter dem Niveau von 1929, während der auf einer viel breiteren Basis beruhende *deutsche* Produktionsindex den Vorkrisenstand damals bereits überschritten hatte.

Ein rascheres Tempo nahm die Ausfuhrbelebung erst an, als Mitte 1936 an den Weltmärkten eine allgemeine Hausse einsetzte und der Welthandel, der vom Aufschwung der Binnenmärkte bisher nur wenig berührt worden war, sich auf einmal sprunghaft ausdehnte. Österreichs Wirtschaft konnte nun aus ihrer an sich höchst traurigen Konjunkturlage Nutzen ziehen, denn sie gehörte zu den wenigen Volkswirtschaften, die noch über unausgenutzte Kapazitäten verfügten, namentlich auch in der Schwerindustrie. Hier fand also der Weltmarkt Gelegenheit, seinen Warenhunger zu befriedigen, und Österreichs Ausfuhr stieg beträchtlich an. Hatte bisher die durchschnittliche Jahreszunahme nur etwa 4-6 v. H. betragen, so erhöhte sich der Wert der österreichischen Gesamtausfuhr von 1936 bis 1937 um fast 30 v. H., ja bei einzelnen Warengruppen, wie z. B. Eisenerz und Eisen- und Metallwaren, betrug die Steigerung sogar 50 und 60 v. H. Auch der Fremdenverkehr aus dem Ausland, der 1934 fast völlig darniedergelegen und sich auch 1935 nur wenig erholt hatte, nahm 1936 und vor allem 1937 erheblich zu. Österreich kam dabei zugute, daß es nicht nur ein billiges Land war, sondern auch seine Fremdenwerbung von den an seiner Unabhängigkeit interessierten Ländern weitgehend unterstützt wurde. Freilich war selbst 1937, an der Zahl der Übernachtungen gemessen, der Stand von 1931 und 1932 noch nicht wieder erreicht.

Diese Steigerung der Ausfuhr und des Fremdenverkehrs, die fast die einzige und jedenfalls die bei weitem wichtigste Triebkraft des österreichischen Wirtschafts„aufschwungs“ der letzten Jahre bildete, ermöglichte auch jenen „Erfolg“, dessen sich das alte System in Österreich mit besonderer Vorliebe rühmte, nämlich die *Besserung der österreichischen Außenbilanz*. Tatsächlich hat sich die österreichische Devisenlage seit 1932/33 wesentlich entspannt. Der Gold- und Devisenbestand der Nationalbank ist seit 1933 ständig gewachsen. Dabei hat Österreich die Forderung seiner Auslandsgläubiger nach mög-

lichtst raschem Abbau der Devisenzwangswirtschaft erfüllt und die Beschränkungen des auswärtigen Zahlungsverkehrs nicht nur für kommerzielle, sondern auch für finanzielle Transaktionen nach und nach zumindest in der Praxis so gut wie beseitigt. Am 10. Dezember 1934 konnte auch auf das Stillhalteabkommen für Kurzkredite, das Österreich vor einem plötzlichen Abzug der bis 1931 gewährten Auslandskredite sicherte, verzichtet werden. Nach offiziellen Angaben der nun liquidierten Nationalbank ist ferner die gesamte Auslandsverschuldung Österreichs unter Anrechnung der durch die Entwertung ausländischer Valuten entstandenen Verminderung von Ende 1932 bis Ende 1936 um annähernd 2,2 Milliarden Schilling oder mehr als die Hälfte zurückgegangen, wobei freilich offen bleibt, ob es sich hier nicht nur um eine Abnahme der sichtbaren Schuld handelt, der bis zu einem gewissen Grade eine weniger sichtbare Neuverschuldung und

eine (nicht näher erfassbare) Veräußerung oder Repatriierung österreichischer Auslandsguthaben gegenübersteht.

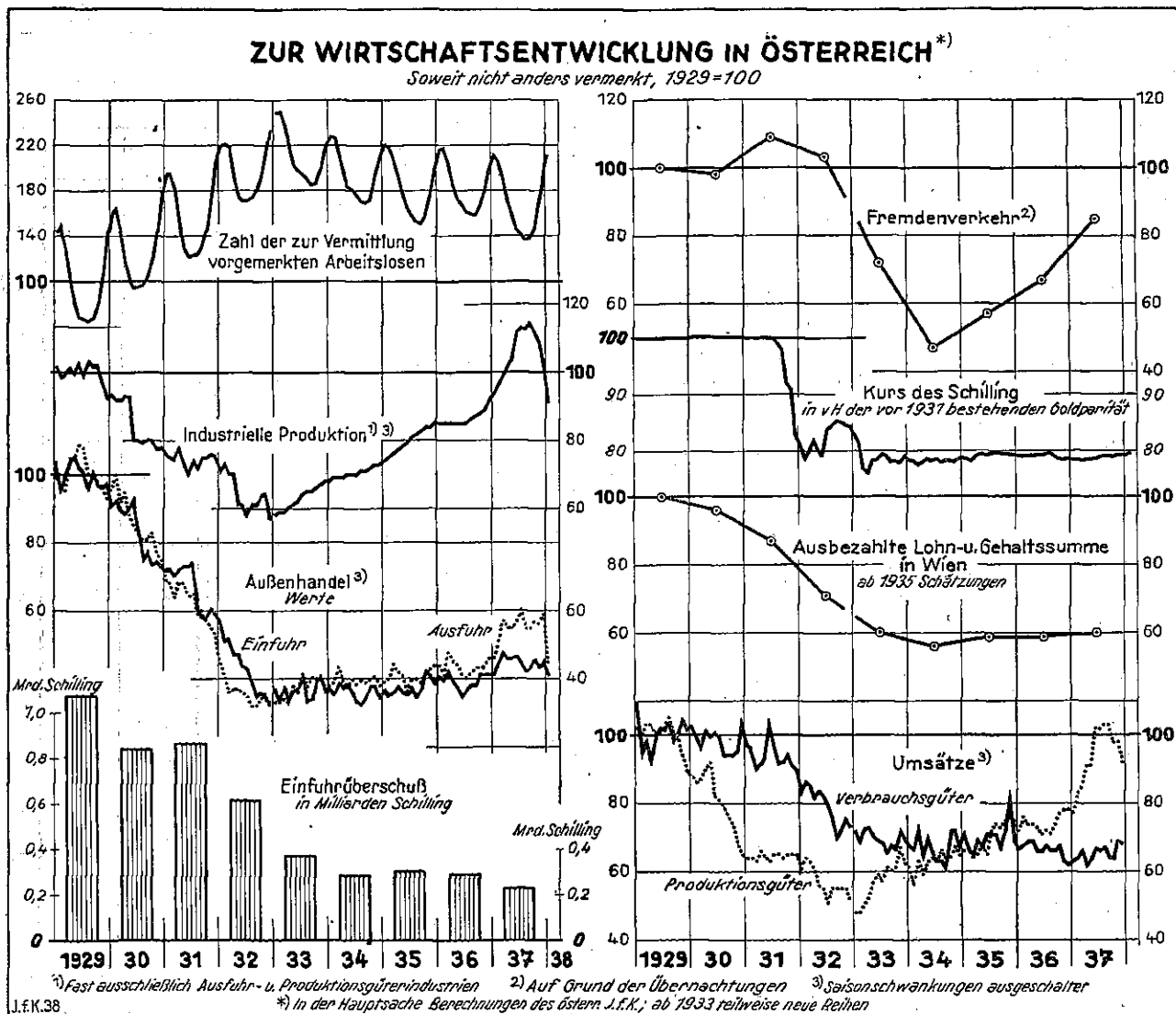
... und ihr Preis

Aber welcher Preis mußte für diese Leistungen bezahlt werden!

Bereits oben ist angedeutet worden, daß die Außenhandelskonjunktur, die Sanierung der Währung, die Wiederherstellung der Devisenfreiheit und all die anderen außenwirtschaftlichen Erfolge des alten Systems in Österreich nur auf der Grundlage einer systematischen Knapphaltung des Binnenmarktes erzielt werden konnten, die auf der einen Seite die Ausfuhr und den Fremdenverkehr anregte und auf der anderen den Einfuhrbedarf niedrig hielt.

Im einzelnen bedeutete das zunächst einen fast dauernden *Lohndruck*. Die Löhne der österreichischen Arbeiter sind, soweit sich feststellen läßt, zum

Abb. 1.

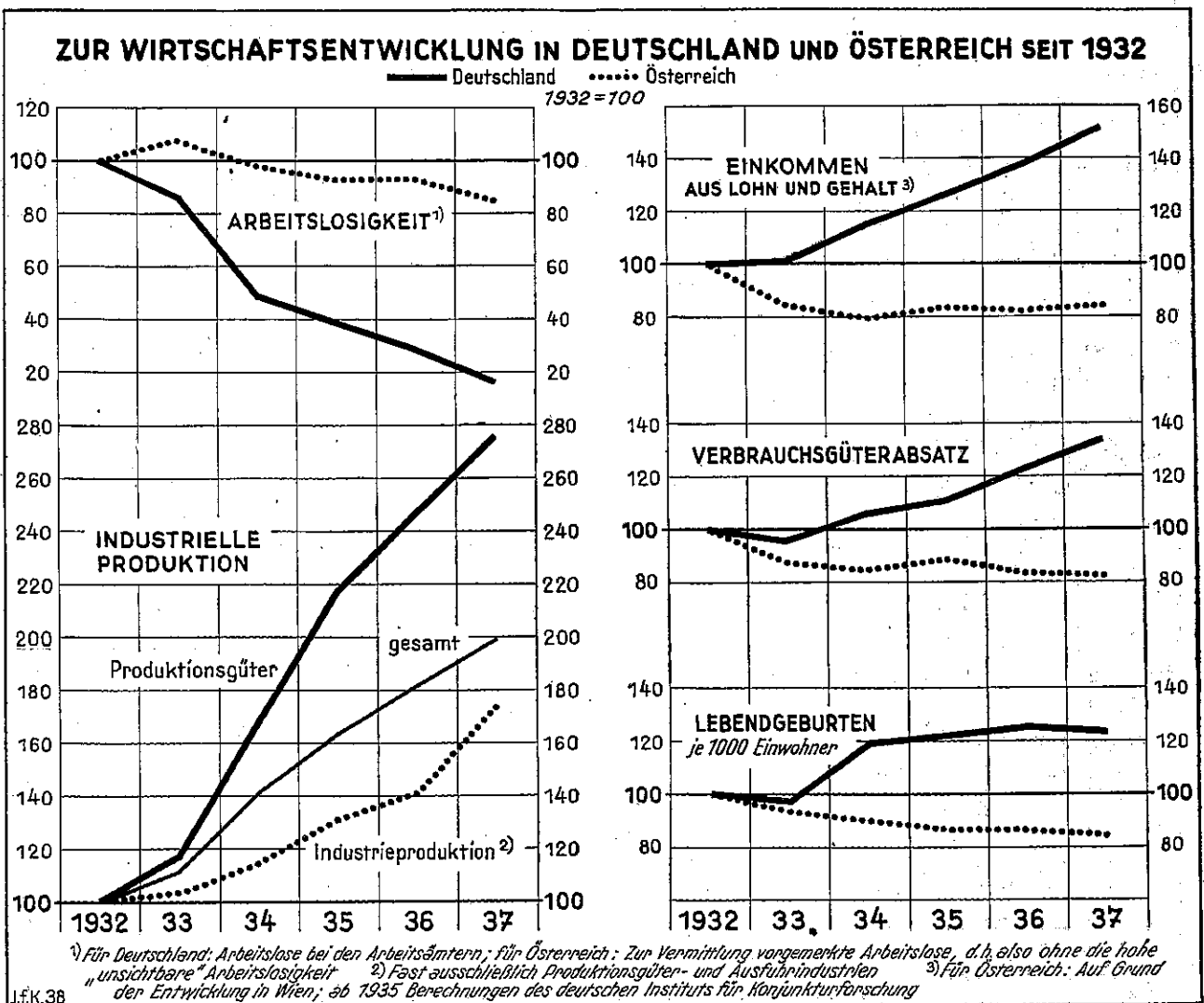


großen Teil noch bis 1934 oder 1935 gesunken. So ist etwa der Lohnindex für die Metallindustrie von 1932 bis 1934 um 7 v. H. zurückgegangen; die Löhne in der Bauindustrie sind sogar 1935 im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich noch um etwa 10 v. H. herabgesetzt worden. Seitdem dürften die Löhne wohl nur in Ausnahmefällen erhöht worden sein, obschon die Lebenshaltungskosten von der Steigerung der Nahrungsmittelpreise wahrscheinlich nicht unberührt geblieben sind.

Österreichs Arbeiterschaft ist aber für den Lohndruck auch nur in wenigen Fällen durch Mehrbeschäftigung entschädigt worden. Die Belegung im Ausfuhrsektor und den hiervon zum Teil beeinflussten Investitionsgüterindustrien erforderte nämlich nur verhältnismäßig wenig zusätzliche Arbeitskräfte, da die Betriebe vielfach eine starke Rationalisierung durchgemacht hatten und der Ausfuhrsektor seiner Beschäftigtenzahl nach nur einen geringen Bruch-

teil der Gesamtwirtschaft ausmacht. Die Binnenmarktindustrien aber verharren weiter in der Depression, da die Regierung nichts Entscheidendes zu ihrer Belegung tat und der Lohndruck ihren Auftragseingang sogar noch weiter schrumpfen ließ. Obwohl also die Produktion des begünstigten Wirtschaftsteils gemessen am Index des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung (der wie gesagt in der Hauptsache Ausfuhrindustrien umfaßt) 1937 den Stand von 1929 um 6 v. H. überschritt, blieb die *Arbeitslosigkeit* nach wie vor eine weit klaffende Wunde des österreichischen Wirtschaftskörpers. Im Durchschnitt des Jahres 1937 — einem, wie wir sehen werden, konjunkturell noch außerordentlich günstigen Zeitpunkt — betrug selbst die Zahl der zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen noch 321.000, d. h. nur etwa 85.000 weniger als 1933 und 129.000 mehr als 1929. Im Jänner 1938 war die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar auf 401.000 ge-

Abb. 2.



stiegen. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits Zehntausende aus der Arbeitslosenversicherung „ausgesteuert“ sind, daß weitere Zehntausende, denen das Warten zu lange wurde, ins Reich oder ins Ausland gingen, um dort Arbeit zu suchen, daß abermals Zehntausende aus politischen Gründen das Land verlassen mußten oder von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen blieben, und daß viele Jugendliche überhaupt noch nicht in Arbeit gekommen und von der Statistik erfaßt worden waren. Es dürfte mithin kaum übertrieben sein, wenn zu der Ziffer der zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen noch etwa 200.000 bis 300.000 für „unsichtbare“ Arbeitslose hinzugeschlagen werden.

In Anbetracht dieser Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse kann es nicht Wunder nehmen, daß die Entwicklung der *sozialen* Lage der breiten Massen Österreichs ein Bild bietet, wie es trüber kaum gedacht werden kann. Wie immer sich die Außenhandelskonjunktur der letzten Jahre auf die übrigen Teile der österreichischen Wirtschaft ausgewirkt haben mag, fest steht, daß sie bis in die neueste Zeit hinein *kaum nennenswerte Ansätze einer „Verbrauchskonjunktur“* zur Folge hatte. Im Gegenteil: selbst 1937 sind wichtige Verbrauchsziffern noch gesunken. So ist etwa der vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung berechnete Index des Verbrauchsgüterabsatzes (1929 = 100) auf 65 gegen 66 im Jahre 1936 und 79 im Jahre 1932 zurückgegangen. Die Umsätze der Wiener Damen- und Herrenkonfektion betragen 1937 nur noch 64, bzw. 89 v. H. ihres Standes von 1932, die des Schuhwarenhandels nur 71 v. H.; alle drei Reihen sind dabei von 1936 bis 1937 weiter gesunken, obwohl die Preise in dieser Zeit eher angezogen haben; man muß also annehmen, daß der Umsatz mengenmäßig noch stärker geschrumpft ist. Auch der Nahrungsmittelverbrauch ist in den letzten Jahren fast dauernd zurückgegangen. Die Schlachtungen in Wien betragen z. B. 1937 nur 76 v. H. ihres Umfangs von 1932 und nur 73 v. H. ihres Standes von 1929; auch hier ist im Vergleich zu 1936 eine weitere Abnahme zu verzeichnen. Noch stärker ist die Einschränkung im Genußmittelverbrauch: 1932 stellte sich etwa der Biverbrauch je Kopf der Bevölkerung auf 45·6 Liter, 1936 auf nur 32·6 Liter, der Zigarrenverbrauch je Kopf der Bevölkerung ist in der gleichen Zeit von 21 auf 16 Stück, der Zigarettenverbrauch von 821 auf 646 Stück gesunken. Selbst der Besuch der städtischen Bäder in Wien hat von 1932 bis 1937 um mehr als 20 v. H. nachgelassen, wobei die Besuchsziffern des Jahres 1937 gleichfalls niedriger liegen als die des Jahres 1936.

Den erschütterndsten Eindruck von der Not Österreichs vermittelt jedoch die Bevölkerungsstatistik. Die Zahl der Eheschließungen ist von 1932 bis 1936 (dem letzten Jahr, für das endgültige Angaben vorliegen) kaum gestiegen. Die Zahl der Lebendgeburten ist in der gleichen Zeit von 15·0 auf 13·0 pro Mille der Bevölkerung gesunken; sie beträgt damit 4·0 pro Mille weniger als 1929. Vor allem aber haben Österreichs Lebendgeburten im Durchschnitt der letzten Jahre nicht mehr ausgereicht, um die Sterbefälle aufzuwiegen. Selbst 1937 schloß nach vorläufigen Berechnungen mit einem Geburtendefizit von 0·6 Promille. Österreich hat damit (neben Frankreich) *als einziges europäisches Land in den letzten Jahren eine abnehmende Bevölkerung gehabt* — wahrlich ein Verfall der Volkskraft, der den Völkerbundskontrolleur, als er 1936 bei seinem Abgang der Regierung Schuschnigg bescheinigte, daß Währung und Finanzen Österreichs wieder gefestigt seien, besser hätte diagnostizieren lassen: Die Operation ist gelungen, aber der Patient liegt im Sterben.

Wieviel günstiger war demgegenüber doch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse *in Deutschland*, das vor dem Einsatz des Staatskredits nicht zurückgeschreckt war und im Interesse der Förderung seines Binnenmarktes auch gewisse Außenhandelsschwierigkeiten in Kauf genommen hatte! Gewiß hat auch der einzelne Staatsbürger des alten Reiches in den letzten Jahren einen Teil der sonst möglich gewesen Erhöhung des individuellen Lebensstandards zugunsten nationaler Aufgaben opfern müssen. Aber dieses Opfer erhöhte die Wehrkraft, die nationale Sicherheit und die Weltgeltung Deutschlands, es versah Deutschland mit einem hervorragenden Produktionsapparat und den Grundlagen zu einem einzigartigen Verkehrsnetz und machte das Reich unabhängig vom Weltmarkt und dessen Störungen; es erhöhte also den Nationalreichtum und ging nicht als offener oder verschleierter Zintribut ans Ausland. Und trotzdem reichte der Mehreinsatz an nationaler Arbeitskraft aus, um auch dem einzelnen nach den schweren Entbehrungen in der Krise wieder erweiterte Lebensmöglichkeiten zu erschließen.

Während in Österreich etwa die Lohn- und Gehaltssumme 1937 noch erheblich unter dem Stande von 1932 gelegen haben dürfte, war sie in Deutschland bereits mehr als 50 v. H. höher als damals. Während in Österreich der Verbrauchsgüterabsatz dauernd schrumpfte, waren in Deutschland die Einzelhandelsumsätze 1937 bereits ein Drittel größer als 1932. Ebenso steht bei fast allen Verbrauchs-

Vergleichbare Ziffern zur Entwicklung der Lebenshaltung in Deutschland und Österreich seit 1932

	Österreich			Deutschland		
	1932	1936	1937	1932	1936	1937
Arbeitslosigkeit						
in 1000 ¹⁾	378	350	321	5576	1593	912
1932 = 100 ¹⁾	100,0	92,6	84,9	100,0	28,6	16,4
je 1000 Erwerbstätige	119	110	101	171	49	28
Einkommen aus Lohn und Gehalt						
nominal } 1932 = 100. {	100,0	82,6	84,3	100,0	137,9	151,9 *)
real } {	100,0	84,8	86,4	100,0	133,5	146,3 *)
Verbrauchsgüterabsatz 1932 = 100						
Gesamt ²⁾	100,0	83,5	82,3	100,0	122,2	133,5
Hausrat	100,0	73,3	77,3	100,0	151,6	178,8
Herrenkonfektion ³⁾	100,0	95,4	89,2	100,0	145,9	168,3
Damenkonfektion ³⁾	100,0	66,2	63,6	100,0	115,2	124,4
Strick- und Wirkwaren ³⁾	100,0	81,2	81,2	100,0	133,3	150,4
Schuhe ⁴⁾	100,0	71,9	70,8	100,0	123,1	143,8
Verbrauch je Kopf der Bevölkerung						
Bier, Liter	45,6	32,6	34,0 ⁵⁾	51,4	58,7	62,9
Zigarren, Stück	21	16		85	123	129
Zigaretten, Stück	821	646		483	572	609
Bevölkerung						
Eheschließungen je 1000 Einwohner	6,7	6,9		7,9	9,1	9,2 *)
Lebendgeborene je 1000 Einwohner	15,0	13,0	12,7 *)	15,1	19,0	18,7 *)
Überschuß der Lebendgeborenen über die Sterbefälle je 1000 Einwohner	1,2	+0	-0,6 *)	4,3	7,2	7,3 *)

1) Für Österreich: Zur Vermittlung vorgemerkte Arbeitslose. Für Deutschland: Arbeitslose bei den Arbeitsämtern. — 2) Für Österreich: Ausbezahlte Lohn- und Gehaltssumme in Wien, Berechnungen des Österr. Instituts für Konjunkturforschung, Wien; ab 1935 Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin. — 3) Für Deutschland: Einzelhandelsumsätze. Für Österreich: Index des Österr. Instituts für Konjunkturforschung. — 4) Für Österreich: Nur Wien. — 5) Vorläufig.

ziffern dem Rückgang in Österreich in Deutschland ein Anstieg gegenüber — ganz zu schweigen von den mehr oder weniger unwägbareren Leistungen, die dem deutschen Arbeiter Organisationen wie „Kraft durch Freude“ und das Amt „Schönheit der Arbeit“ vermitteln.

Gewiß sollen nicht die besonderen Schwierigkeiten verkannt werden, unter denen Österreich bisher zu arbeiten hatte. Aber bis zu einem gewissen Grade ist der Vergleich zwischen der Entwicklung in Deutschland und Österreich doch ein Prüfstein dafür, welche Wirtschaftspolitik mehr dem Sinn und dem Zweck des Wirtschaftens entsprach: jene, die entschlossen zur Selbsthilfe schritt und nichts vom Ausland erwartete, oder jene, die mehr vom Weltmarkt als von der eigenen Kraft erhoffte und ihr Hauptziel im freien Anschluß Österreichs an die Weltwirtschaft erblickte. Denn die entscheidende Ursache für den krassen Unterschied in der Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland und Österreich zeigen schlagend zwei Ziffern: 1932 kamen auf 100 Erwerbstätige in Deutschland 17,3 Arbeitslose, in Österreich 11,9; 1937 dagegen in Deutschland 2,8 v. H., in Österreich aber selbst nach der viel zu niedrigen offiziellen Statistik 10,1. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat es mit anderen Worten verstanden, die Arbeitskraft der

Nation bis zum letzten verwendbaren Mann zu mobilisieren, die früheren österreichischen Regierungen haben es nicht.

Und doch in neuem Niedergang

Die ganze Tragik des Leidensweges, den Österreichs Wirtschaft in den letzten Jahren gehen mußte, enthüllt sich aber erst, wenn man die Konjunktur-entwicklung der vergangenen Monate betrachtet. Die Lenker der bisherigen österreichischen Wirtschaftspolitik hatten gehofft, daß die Opfer, die sie dem Volke zumuteten, kraft der damit verbundenen Außenhandelsförderung und Befreiung der Wirtschaft von Rohstoffschwierigkeiten und Devisennot den schließlichen Aufschwung besser fundieren würden, als gewagte Experimente mit Arbeitsbeschaffung und Kreditausweitung. Wie arg sie sich aber in dieser Erwartung getäuscht hatten, sollte freilich noch im Jahre 1937, dessen Anfang mit seinem Exportaufschwung jener Politik so Recht zu geben schien, offenkundig werden.

Der Rückschlag, der in führenden Ländern der Weltwirtschaft um die Mitte des vergangenen Jahres einsetzte, hat nämlich auch die österreichische Ausfuhr und damit die wichtigste bisherige Triebkraft der Wirtschaftsbelebung in Österreich bereits in Mitleidenschaft gezogen. Wie zu erwarten war, hat die österreichische Ausfuhr, deren vorjährige Erweiterung ja in so hohem Maße auf der Deckung eines Spitzenbedarfs beruhte, die Schrumpfung der internationalen Nachfrage sogar besonders stark zu spüren bekommen. Der saisonbereinigte Index des Gesamtexportes ist jedenfalls von seinem bisherigen Höhepunkt von 61 im Juli 1937 (1929 = 100) bis Jänner 1938 bereits wieder auf 45 v. H., d. h. also bedeutend stärker als die Ausfuhr der meisten übrigen Länder, gesunken. Ebenso ist der Produktionsindex des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung nach Ausschaltung der Saisonbewegung von 115 im September auf 91 im Jänner zurückgegangen, während sich die Zahl der zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen im gleichen Zeitraum von 263.000 auf 401.000 erhöht hat, was zweifellos weit über die saisonübliche Zunahme hinausgeht. In Deutschland dagegen hat der Aufschwung ungeachtet der internationalen Konjunkturerflauung auch in den letzten Monaten mit unverminderter Kraft angehalten.

Es zeigt sich also, daß von der Schaffung einer festen Aufschwungsbasis durch die Wirtschaftspolitik des alten Systems in Österreich keine Rede sein konnte, sondern daß trotz aller Opfer selbst jene bescheidene Erholung einzelner Teile der österreichischen Wirtschaft von einem etwaigen weiteren Rück-

gang der internationalen Konjunktur ebenso wieder zunichte gemacht worden wäre, wie sie nur auf der Woge des bisherigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs beruht hatte. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus war es daher höchste Zeit, daß in Österreich das Steuer herumgeworfen wurde, wenn von diesem schwergeprüften Lande die Gefahr eines neuen Niederganges, ja einer endgültigen Katastrophe abgewendet werden sollte.

DIE WIRTSCHAFTSLAGE IN ÖSTERREICH

I. Das nationalsozialistische Aufbauprogramm für Österreich

Durch den Anschluß Österreichs an das Reich ist ein nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich untragbarer Zwischenzustand beendet worden, in den Österreich durch den Ausgang des Weltkrieges geraten war. Aus der alten Wirtschaftseinheit Österreich-Ungarn wurde es damals jäh herausgerissen und damit seiner Industrie der Absatz in den übrigen Gebieten der alten Monarchie plötzlich zum großen Teil gesperrt. Der übrige Weltmarkt jedoch öffnete sich nicht genügend, um Österreich den großen Absatzverlust in den anderen Nachfolgestaaten auch nur annähernd zu ersetzen. Der Binnenmarkt, an sich schon klein und daher wenig ausbaufähig, blieb um so unergiebig, als hohe Finanzverpflichtungen an das Ausland und eine Wirtschaftspolitik, die vor einer großzügigen Entwicklung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten zurückschreckte, ihn an einer stärkeren Entfaltung hinderten.

Nun ist diese schwere Übergangsepoche beendet. Österreich tritt wiederum als wichtiges Glied in einen großen Wirtschaftsblock ein: Damals umfaßte das Wirtschaftsgebiet Österreich-Ungarn rund 52 Millionen Menschen, das heutige Großdeutschland zählt nahezu 75 Millionen, deren Lebensstandard im Durchschnitt unvergleichlich höher ist als der Lebensstandard der Bevölkerung der alten Monarchie. Deutschösterreich bildet damit einen wichtigen Bestandteil des größten Binnenmarktes Europas und eines der größten Binnenmärkte der Erde überhaupt.

Es ist klar, daß hiermit die Behebung der strukturellen Absatznot, unter der die Wirtschaft Österreichs seit fast zwei Jahrzehnten litt, wesentlich erleichtert wird. Schon jeher stand Deutschland unter den Außenhandelspartnern Österreichs an erster Stelle; es besteht kein Zweifel, daß der nun innerdeutsche Warenaustausch zwischen Österreich und den übrigen Ländern Großdeutschlands sich in kurzer Zeit beträchtlich erhöhen wird. Natürlich wird

die Eingliederung Österreichs in den Wirtschaftskörper des neuen Großdeutschland auf beiden Seiten, vor allem aber in Österreich, eine gewisse Anpassung der Erzeugung an die Produktionsstruktur des anderen Teiles bedingen. Für Österreich tritt an die Stelle der vor 20 Jahren jäh unterbrochenen, in mehr als hundertjähriger Entwicklung entwickelten Zusammenarbeit mit den anderen, überwiegend agrarischen Gebieten der alten Monarchie nun die Gemeinschaftsarbeit mit dem mächtigsten Industrieland Europas. Diese neue Wirtschaftseinheit ist für Österreich ganz anderer Art als die alte: Damals ergänzten sich agrarischer Osten mit dem industrialisierten Westen, man wechselte Industriewaren gegen Nahrungsmittel. Jetzt dagegen liegt die Linie, auf der beide Länder sich zu einer Wirtschaftseinheit zusammenfinden, in der gegenseitigen Ergänzung und Stärkung der bergbaulichen und industriellen Produktion und der gemeinsamen Steigerung der Agrarerzeugung mit dem Ziel der Stärkung der Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung.

Daneben wird es Österreichs besondere Aufgabe sein, als der vorgeschobenste Posten der deutschen Wirtschaft die Verbindung mit dem europäischen Südosten, mit dem es einst teilweise eine völlige Wirtschaftseinheit bildete, zu pflegen. Auf neuer Grundlage hat das Deutsche Reich bereits im Lauf der letzten Jahre den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Südosten zu einer noch nie gekannten Blüte geführt. Deutschlands Lieferungen stören nicht die Industrialisierung des Südostens, sondern fördern sie und ergänzen die Erzeugung der Industrien dieser Staaten; der Südosten dagegen kann wieder die Überschüsse seiner Agrarproduktion, wenn er sie den speziellen Bedürfnissen Deutschlands anzupassen sucht, auf seinem natürlichen Absatzmarkt, dem großen Industriegebiet Mitteleuropas, absetzen. Österreich, das auf sich selbst gestellt, von dieser Intensivierung des Handels Südosteuropas in den letzten Jahren nur in geringem Umfang berührt worden war, wird in jenem großen Warenstrom nun bald den gegebenen Vermittler spielen und wahrscheinlich auch als Produzent gebührenden Anteil nehmen.

Die Gewähr dafür, daß aus allen diesen Möglichkeiten für Österreichs Wirtschaft ein gewaltiger Aufschwung erwächst, liegt aber besonders darin, daß durch den Anschluß endgültig mit jenen wirtschaftspolitischen Methoden gebrochen worden ist, die Österreich jahrelang ausgezehrt und an den Rand des Verderbens gebracht haben. An die Stelle der Deflationspolitik tritt nun die Aufbaupolitik des Nationalsozialismus, deren erstes Ziel es ist, die